

BRIMER · KLINKENBERG



Politische Zusammenhänge verstehen

Für Ausbildung und Praxis bei der Polizei

BRIMER · KLINKENBERG

Politische Zusammenhänge verstehen

Politische Zusammenhänge verstehen

Für Ausbildung und Praxis bei der Polizei

Dr. phil. Jörg Brimer

Dozent bei der Bayerischen Bereitschaftspolizei

Stephan Klinkenberg

Dozent bei der Bayerischen Bereitschaftspolizei

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek | Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über www.dnb.de abrufbar.

ISBN 978-3-415-06481-2

E-ISBN 978-3-415-06971-8

© 2021 Richard Boorberg Verlag

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlages. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Titelfoto: © nmann77 – stock.adobe.com | Satz: Olaf Mangold Text & Typo, 70374 Stuttgart | Druck und Bindung: Laupp & Göbel GmbH, Robert-Bosch-Straße 42, 72810 Gomaringen

Richard Boorberg Verlag GmbH & Co KG | Scharrstraße 2 | 70563 Stuttgart
Stuttgart | München | Hannover | Berlin | Weimar | Dresden
www.boorberg.de

Inhaltsverzeichnis

Vorwort: Wie ist das Buch konzipiert?	9
1. An wen richtet sich dieses Buch?	9
2. Aus welchen Gründen ist politische Bildung bei der Polizei unverzichtbar?	10
3. Wie ist das Buch aufgebaut?	11
Danksagung	14
 Abschnitt I	
„Weil ich das staatliche Gewaltmonopol darstelle ...“	15
Kapitel 1 Was ist Staatsgewalt?	17
1. Warum leben Menschen in Staaten und was ist ein Staat?	17
2. Warum braucht ein Staat eine Staatsgewalt?	19
3. Was macht die Polizei zu einem Kernelement der Staats- gewalt?	21
Kapitel 2 Für welchen Staat übe ich die Staatsgewalt aus? ..	24
1. Wofür braucht Deutschland das Grundgesetz?	24
2. Nach welchen Grundsätzen ist der deutsche Staat strukturiert?	27
2.1 Was bedeutet „Republik“?	28
2.2 Was bedeutet „Demokratie“?	29
2.3 Was bedeutet „Rechtsstaat“?	30
2.4 Was bedeutet „Bundesstaat“?	32
2.5 Was bedeutet „Sozialstaat“?	34
3. Für welche Ziele setzt sich unser Staat ein?	36
Kapitel 3 Wie wird Staatsgewalt gebündelt?	39
1. Wohin führt ein übermächtiger Staat?	39
2. Was ist für die Staatsgewalt in Deutschland handlungs- leitend?	40
3. Wie funktioniert Gewaltenteilung in der Demokratie?	48
4. Wie wird die Polizei kontrolliert?	51
Kapitel 4 Wie arbeitet die Staatsgewalt?	59
1. Wer verfügt über Staatsgewalt?	59
2. Wie organisiert sich Staatsgewalt?	60

3. Wozu führen der Bundesstaat und die Europäische Integration?	63
4. Wie arbeitet die Staatsgewalt auf Bundesebene?	63
5. Wie arbeitet die Staatsgewalt auf Landesebene?	78
6. Wie arbeitet die Staatsgewalt auf kommunaler Ebene?	83

Kapitel 5 Wie wehrt sich der Staat gegen Feinde?

1. Wer sind Feinde der Demokratie?	92
2. Was sind Radikalismus und Extremismus?	94
3. Welche extremistischen Szenen gibt es in Deutschland? ..	95
4. Was will die jeweilige extremistische Szene erreichen? ...	96
5. Wie ist die jeweilige extremistische Szene organisiert? ...	98
6. Welche Gemeinsamkeiten zeigen extremistische Szenen? .	109
7. Mit welchen Mitteln wehrt sich der Staat?	110
8. Warum sollten sich auch die Bürger gegen Extremisten wehren?	112

Abschnitt II

„Weil ich auch Staatsbürger bin ...“

Kapitel 6 Was macht mich politisch?

1. Was ist Politik?	121
2. Welche Eigenschaften hat Politik?	122
3. Wie wird Politik gemacht?	123
4. Darf ein Polizeibeamter Politik machen?	126
5. Bin ich politisch?	128

Kapitel 7 Wie kann ich mich informieren?

1. Worüber sollte ich informiert sein?	132
2. Was sind Nachrichten?	133
3. Wie recherchiere ich zielgerichtet?	135
4. Wie kann ich seriöse von unseriösen Informationsquellen unterscheiden?	136
5. Was muss ich bei aufbereiteten Daten beachten?	138

Kapitel 8 Wie kann ich mir eine Meinung bilden?

1. Was ist eine Meinung?	142
2. Welchen Stellenwert hat die Meinungsfreiheit in der Demokratie?	144
3. Welche Rolle spielen Medien bei der Meinungsbildung? .	145
4. Welche Gefahr geht von Verschwörungstheorien aus?	147
5. Was ist und leistet Meinungsforschung?	149

Kapitel 9 Wie kann ich politisch aktiv sein?	153
1. Was ist Partizipation?	153
2. Warum ist Partizipation in einer freien Gesellschaft wichtig?	154
3. Welche Partizipationsmöglichkeiten gibt es?	155

Abschnitt III

„Weil ich Europa vielfältig im Berufsalltag erlebe...“	173
--	-----

Kapitel 10 Was macht die Europäische Union aus?	174
1. Was ist die EU?	174
2. Wie wurde die EU, was sie heute ist?	177
3. Was soll aus der EU werden?	184

Kapitel 11 Wie arbeitet die Europäische Union?	190
1. Wer macht was in der EU?	190
2. In welchen Politikbereichen ist die EU aktiv?	203
3. Wie wird in der EU Recht gemacht?	205
4. Was kennzeichnet Entscheidungsprozesse in der EU?	207
5. Wie setzt sich der EU-Haushalt zusammen und wohin fließen die Gelder?	208

Kapitel 12 Wie kooperiert die Polizei in Europa?	213
1. Was ist der Auslöser für die Kooperation der Polizeien in Europa?	213
2. Warum ist Polizeikooperation ein delikates Thema?	216
3. Was soll Polizeikooperation in Europa erreichen?	217
4. Was sind Polizeimissionen?	220

Abschnitt IV

„Weil ich auch über Hintergrundwissen verfügen muss...“	225
---	-----

Kapitel 13 Kriminalität	227
1. Was ist Kriminalität?	227
2. Wie lassen sich Aussagen über Kriminalität treffen?	229
3. Wie entsteht Kriminalität?	232
4. Wie geht der Staat mit Kriminalität um?	234
5. Wie wird mit dem Thema „Kriminalität“ politisch umgegangen?	236

Kapitel 14 Strafe	241
1. Welchen Sinn und Zweck hat Strafe?	241
2. Wie straft der Staat?	244

3. Wer urteilt in unserem Rechtsstaat?	248
4. Wie kommt es zur Strafe?	250
5. Wie wird Strafe vollzogen?	255
Kapitel 15 Globalisierung	261
1. Was ist Globalisierung?	261
2. Welche Weltregionen profitieren von der Globalisierung? ..	263
3. Wie arbeitet die Staatengemeinschaft zusammen?	266
4. Was wird an der Globalisierung kritisiert?	267
Kapitel 16 Digitalisierung	273
1. Was bedeutet Digitalisierung?	273
2. Wie werden die vielen Daten nutzbar gemacht?	274
3. Warum analysiert man Daten?	275
4. Was soll Datenschutz leisten?	277
5. Was kann der Einzelne für Datensicherheit tun?	279
6. Wie geht die Polizei mit der digitalen Revolution um?	281
Kapitel 17 Migration	286
1. Was ist Migration?	286
2. Welche Gründe für Migration gibt es?	288
3. Wie gestaltet sich Migration weltweit?	288
4. Ist Deutschland ein Einwanderungsland?	289
5. Woher stammen die Menschen mit Migrations- hintergrund	291
6. Warum ist das Thema „Migration“ emotional aufgeladen? ..	293
7. Was ist Fluchtmigration?	296
8. Wo trifft die Polizei auf das Thema „Migration“?	298
Stichwortverzeichnis	303

Vorwort: Wie ist das Buch konzipiert?



Alle Kapitel beginnen mit Äußerungen aus der Lebens- und Berufswelt der Polizeischüler. Sie dienen einerseits dazu, dass Sie sich in bekannte Situationen hineinversetzen und anfangen, sich mit dem Kapitelthema zu beschäftigen. Andererseits werden auf der Grundlage der Äußerungen Fragen formuliert, die das Kapitel strukturieren, indem sie der Reihe nach beantwortet werden.

Diese Aussagen werfen folgende Fragen auf:

- ⇒ An wen richtet sich dieses Buch?
- ⇒ Aus welchen Gründen ist politische Bildung bei der Polizei unverzichtbar?
- ⇒ Wie ist das Buch aufgebaut?

1. An wen richtet sich dieses Buch?

In erster Linie richtet sich das Buch an Auszubildende im mittleren Dienst. Außerdem finden Studierende im gehobenen Dienst

Adressaten

sowie Quereinsteiger bei der Polizei, die zu *CyberCops* oder Wirtschaftskriminalisten ausgebildet werden, sinnvolle Anregungen. Schließlich erhalten auch erfahrene Polizeibeamte mit diesem Werk die Möglichkeit, ihr berufliches Handeln zu reflektieren.

Informationskasten



Unser Buch richtet sich an alle Geschlechter. Wir bitten um Verständnis, dass wir zur vereinfachten Lesbarkeit die männliche Sprachform häufiger verwenden.

2. Aus welchen Gründen ist politische Bildung bei der Polizei unverzichtbar?

In der Demokratie sorgt die Polizei wertgebunden für Recht und Ordnung und schafft so die Sicherheit, in der sich die Gesellschaft entfalten und entwickeln kann. Die Werte, an denen die Polizeiarbeit ausgerichtet ist, finden ihren Ausdruck in den Grundrechten und sie sind gleichzeitig Grundlage für das polizeiliche Handeln.

Merksatz



Um nicht bloß zu vollziehen, sondern reflektiert zu handeln, braucht ein Polizeibeamter politische Bildung.

Diese Reflexionsfähigkeit versetzt Sie in die Lage, undemokratische Ideen und Verhaltensweisen zu erkennen und ihnen zu widerstehen. Damit verbunden ist das Wissen über Aufgabe und Struktur der Polizei.

Zur Entwicklung dieser Reflexionsfähigkeit benötigen Sie aber auch Kenntnisse über Ihre Lebens- und Berufswelt. Polizeiarbeit findet nicht im Vakuum statt, sondern in der und für die Gesellschaft.

Merksatz



Um über aktuelle Probleme und gesellschaftliche Debatten Bescheid zu wissen, braucht ein Polizeibeamter eine am Zeitgeschehen ausgerichtete politische Bildung.

Eine solche politische Bildung versetzt Sie in die Lage, politische Zusammenhänge zu verstehen und zu erläutern.

3. Wie ist das Buch aufgebaut?

Dieses Lehrbuch soll Ihnen wichtige politische Zusammenhänge vermitteln. Deshalb konzipierten wir die Inhalte auf den Adressaten und seine Erfahrungswelt hin.

Das Buch ist in vier Abschnitte gegliedert. Jede Überschrift enthält jeweils eine aus Ihrer Warte formulierte Begründung für den Lerninhalt. Die jeweilige Kapitelüberschrift setzt dieses Muster fort – einzige Ausnahme: der letzte Abschnitt. Eine kurze Hinführung beginnt jeden Abschnitt. Die Kapitel folgen dann dem Aufbau dieses Vorworts.

Aufteilung in vier Abschnitte

Abschnitt 1 – „Weil ich das staatliche Gewaltmonopol darstelle ...“

Ziel des Abschnitts: Wir wollen zeigen, wie sich eine Gemeinschaft organisiert und welche Rolle und Stellung der Polizei dabei zugewiesen wird.

Kapitel 1: Was ist Staatsgewalt?

Kapitel 2: Für welchen Staat übe ich Staatsgewalt aus?

Kapitel 3: Wie wird Staatsgewalt gebändigt?

Kapitel 4: Wie arbeitet die Staatsgewalt?

Kapitel 5: Wie wehrt sich der Staat gegen Feinde?

Abschnitt 2 – „Weil ich auch Staatsbürger bin ...“

Ziel des Abschnitts: Wir wollen darstellen, dass Polizeibeamte auch Staatsbürger sind und wie sie sich politisch artikulieren und betätigen können.

Kapitel 6: Was macht mich politisch?

Kapitel 7: Wie kann ich mich informieren?

Kapitel 8: Wie kann ich mir eine Meinung bilden?

Kapitel 9: Wie kann ich politisch aktiv sein?

Abschnitt 3 – „Weil ich Europa vielfältig im Berufsalltag erlebe ...“

Ziel des Abschnitts: Wir wollen in die grundlegenden politischen Prozesse der EU einführen und dadurch das europäische Regieren und die

europäische Politik besser verständlich machen. Gleichzeitig sollen die Auswirkungen der EU auf die Polizeiarbeit dargestellt werden.

Kapitel 10: Was macht die Europäische Union aus?

Kapitel 11: Wie arbeitet die Europäische Union?

Kapitel 12: Wie kooperiert die Polizei in Europa?

Abschnitt 4 – „Weil ich über Hintergrundwissen verfügen muss ...“

Ziel des Abschnitts: Wir beabsichtigen, Sie mit Wissen und Anregungen für berufliche Problemfelder auszustatten und für Sichtweisen, die über polizeiliche Aspekte hinausgehen, zu öffnen und zu sensibilisieren.

Kapitel 13: Kriminalität

Kapitel 14: Strafe

Kapitel 15: Globalisierung

Kapitel 16: Digitalisierung

Kapitel 17: Migration

Ihr Lernfortschritt

In jedem Kapitel wird an dieser Stelle dargelegt, wozu Sie nach der Lektüre in der Lage sein sollten.



Sie können jetzt ...

- das didaktische Konzept des Buches verstehen und erläutern,
- die Adressaten des Buches benennen,
- die Konzeption von politischer Bildung erläutern, die dem Buch zugrunde liegt.

Darüber könnten Sie nachdenken und mit Ihren Kollegen diskutieren ...

An dieser Stelle bieten wir Ihnen die Möglichkeit zur Reflexion. In Abhängigkeit vom jeweiligen Thema sollen Sie durch Fragen angeregt werden, Antworten auf polizeifachliche sowie persönliche Fragestellungen zu finden. Das kann in Einzel- und/oder Gruppen-

arbeit erfolgen. Wir sind der Ansicht, dass dieser Abschnitt eines Kapitels genauso wichtig ist wie die zuvor erarbeiteten Inhalte, weil Sie hier Wissen vertiefen und anwenden sowie demokratische Fähigkeiten einüben. Sie bilden sich eine Meinung, vertreten diese und lernen andere Meinungen kennen, sie auszuhalten und evtl. aufzunehmen. Außerdem bieten die Reflexionsfragen Ihnen die Möglichkeit, sich an Bildungsinhalten zu „reiben“ und somit Denkprozesse in Gang zu setzen, auf deren Grundlage Sie sich weiterentwickeln – also bilden!

So könnten Sie nun weitermachen ...

Mit diesem Abschnitt endet jedes Kapitel. Hier machen wir Vorschläge, wie man das behandelte Thema auf vielfältige Weise vertiefen kann. Zu den von uns aufgelisteten Empfehlungen gehören Filme, Museumsbesuche, Informationsmaterial anderer Anbieter, Ausstellungsbesuche, Planspiele usw. Politische Bildung ist lebendig und sollte sich deshalb nicht nur auf das Lesen von Texten und das Arbeiten im Klassenzimmer beschränken. Die folgenden Symbole verwenden wir für eine schnelle Orientierung.



Alles, was man online nutzen kann, wird mittels eines Computers dargestellt. Dieses Symbol nutzen wir am häufigsten.



Planspiele stellen wir mit einem Theater-Symbol dar, weil Sie bei diesen in die Rolle einer anderen Person schlüpfen.



Weiterführende Literatur empfehlen wir mit einem Buch-Symbol.



Für Filmempfehlungen nutzen wir das Projektor-Symbol.



Auf Exkursionen, auch dafür werden wir einige Ideen parat halten, möchten wir Sie mit einem Bus-Symbol hinweisen.



Hinweise auf Ausstellungen, die Ihre Ausbildungseinrichtung buchen kann, versehen wir mit dem Mona-Lisa-Symbol.



Wenn wir Ideen für Expertenvorträge weitergeben, verwenden wir das Doktorhut-Symbol.

Viel Freude bei der Arbeit mit diesem Buch!

Stephan Klinkenberg

Jörg Brimer

Danksagung

Dieses Buch wäre ohne die Hilfe anderer nicht zustande gekommen.

Wir danken allen, die uns kostenloses Bildmaterial zur Verfügung stellten.

Gabriel Aich, Dr. iur. Anton Brimer, Tim Gürtler, Andreas Regler, Wolfgang Regler und Winfried Stadtmüller danken wir für die aufmerksame, kritische Korrektur unseres Manuskripts. Von ihren vielfältigen Anregungen und Hinweisen profitierten wir sehr.

Außerdem möchten wir uns beim Boorberg Verlag, allen voran unserem Lektor, Hans-Jörn Bury, für die Betreuung und Zusammenarbeit bedanken.

Zu guter Letzt gebührt unseren Familien großer Dank. Sie standen immer hinter unserer Idee und an unserer Seite. Ohne ihre Unterstützung und Geduld wäre das Buch niemals zustande gekommen.

Stephan Klinkenberg

Jörg Brimer

Abschnitt I

„Weil ich das staatliche Gewaltmonopol darstelle ...“

... beschäftigen Sie sich in Abschnitt I mit den Grundlagen eines Staates im Allgemeinen und der Bundesrepublik Deutschland im Speziellen.

Sie setzen sich in **Kapitel 1** mit den Grundlagen eines Staates auseinander. Sie erfahren, was ein Staat ist, warum Menschen darin leben, warum ein Staat eine Staatsgewalt braucht und schließlich was die Polizei zu einem Kernelement der Staatsgewalt macht.

Kapitel 2 zeigt auf, für welchen Staat Sie Staatsgewalt ausüben. Hier lernen Sie, was eine Verfassung ist, wie das Grundgesetz als Verfassung der Bundesrepublik Deutschland aufgebaut ist und auf welchen Staatstrukturprinzipien Deutschland fußt. Schließlich werden Ihnen noch die Staatszielbestimmungen des Grundgesetzes vorgestellt.

Wie Staatsgewalt gebändigt wird, ist Inhalt von **Kapitel 3**. Sie erhalten also Antworten auf die Frage, wohin ein übermächtiger Staat führen kann. Zudem lernen Sie die Grundrechte kennen, die für den deutschen Staat – und somit auch für die Polizei – handlungsleitend sind. Was Gewaltenteilung ist und wie diese funktioniert, wird auch am Beispiel „Polizei“ aufgezeigt.

Kapitel 4 beschäftigt sich intensiv mit der Fragestellung, wie die Staatsgewalt arbeitet. In diesem Sinne erfahren Sie zunächst etwas über die Organisationsprinzipien und Träger der Staatsgewalt. Sodann wird Ihnen gezeigt, welche Besonderheiten der Föderalismus und die Europäische Union auf die Organisation der deutschen Staatsgewalt haben. Schließlich wird erläutert, wie die Staatsgewalt auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene arbeitet.

Ihnen wird in **Kapitel 5** vermittelt, wie sich der Staat gegen Feinde wehrt. Themenschwerpunkte sind somit „Extremismus“ und die

„wehrhafte Demokratie“. Sie setzen sich mit den Begrifflichkeiten der Sicherheitsbehörden auseinander und erhalten Einblick in die verschiedenen extremistischen Szenen: den Linksextremismus, den Rechtsextremismus, den Ausländerextremismus und den Islamismus. Schließlich lernen Sie, auf welche Mittel die Sicherheitsbehörden im Kampf gegen Extremisten zurückgreifen.

Kapitel 1

Was ist Staatsgewalt?



Diese Aussagen werfen folgende Fragen auf:

- ⇒ Warum leben Menschen in Staaten und was ist ein Staat?
- ⇒ Warum braucht ein Staat eine Staatsgewalt?
- ⇒ Was macht die Polizei zu einem Kernelement der Staatsgewalt?

1. Warum leben Menschen in Staaten und was ist ein Staat?

Der Mensch ist ein soziales Wesen, er lebt in Gemeinschaften. Diese haben auch den Vorteil, dass das Leben besser gemeistert werden kann. In der Gemeinschaft kann sich der Mensch z. B. effektiver gegen Bedrohungen zur Wehr setzen und sich besser versorgen. Damit innerhalb der Gemeinschaft nicht das Recht des Stärkeren gilt, wird das Zusammenleben geregelt. Die hier beschriebenen Zwecke – Sicherheit, Leistungen, Recht –, die eine

Gemeinschaft für das Individuum bietet, erfüllt auch der Staat – die Organisationsform, die sich bei uns durchgesetzt hat.

Staatszwecke

Die Sicherheit, die uns der Staat garantieren soll, richtet sich sowohl nach außen – die Verteidigung gegenüber anderen Staaten durch das Militär – als auch nach innen durch z.B. die Polizei. Leistungen, die allen Bürgern zuteilwerden sollen, reichen von der Bereitstellung der Infrastruktur (Straßen, Schulen, Universitäten, Krankenhäuser u. v. m.) bis zur Sozialhilfe für Benachteiligte. Ein funktionierendes Rechtssystem regelt sowohl das Verhältnis des Bürgers zum Staat als auch das Verhältnis der Bürger untereinander in beinahe allen Lebensbereichen.

Damit der Staat diese Zwecke erfüllen kann, verzichtet der Bürger auf Teile seiner persönlichen Freiheit. Ohne Staat z.B. wäre es dem Einzelnen überlassen, zu entscheiden, wo und wie er sich niederlässt. In unserem Staatswesen ist jedoch geregelt, wie und wo ein Haus errichtet werden kann. So soll verhindert werden, dass der Einzelne oder die Gemeinschaft unter dem Hausbau zu leiden hat. Wird nun in das fertiggestellte Haus eingebrochen, so steht es dem Hausbesitzer ebenfalls nicht zu, den Einbrecher für diese Tat zu bestrafen, weil er auch dieses Recht dem Staat überlässt. Daraus lässt sich schlussfolgern: Der Freiheitsverzicht des Staatsbürgers geht einher mit der Akzeptanz des staatlichen Gewaltmonopols.



Nur der Staat hat das Recht, Gewalt auszuüben.

Drei-Elemente-Lehre

Gewalt bedeutet hier weit mehr als die Anwendung körperlichen Zwangs. Es geht vielmehr um den Eingriff in die Freiheit des Menschen durch hoheitliches Handeln. Dies tut der Staat durch das Erlassen von Recht (Legislative), die Durchsetzung dieses Rechts (Exekutive) und die Rechtsprechung (Judikative). Wir sprechen von Staatsgewalt. Diese wird gegenüber dem Bürger innerhalb seines Territoriums ausgeübt. Damit hat man die Elemente beschrieben, die einen Staat charakterisieren. Ein Staat besteht demnach aus der Staatsgewalt, dem Staatsgebiet und dem Staatsvolk (s. Tab. 1, S. 19).

Anerkennung durch andere Staaten

In der diplomatischen Praxis ist es freilich komplizierter: Selbst wenn man einen Staat mithilfe der drei Kriterien bestimmen könnte, bedeutet dieser Umstand nicht automatisch, dass es sich

Tab. 1: Drei-Elemente-Lehre

Drei-Elemente- Lehre	(1) Staatsgewalt: Die Staatsgewalt beschreibt die Fähigkeit des Staates, souverän nach innen und nach außen handeln zu können, d. h. seine Anordnungen gegenüber dem Staatsvolk auf dem gesamten Staatsgebiet durchzusetzen und seinen völkerrechtlichen Verpflichtungen nachzukommen.
	(2) Staatsgebiet: Das Staatsgebiet ist ein abgegrenzter Raum auf der Erdoberfläche, das sog. Territorium. Auf dem Staatsgebiet lebt das Staatsvolk, auf das Staatsgebiet erstreckt sich die Staatsgewalt.
	(3) Staatsvolk: Das Staatsvolk ergibt sich aus den Staatsangehörigen. Diese besitzen dessen Staatsangehörigkeit.

Eigene Darstellung.

hierbei um einen solchen handelt. Staaten müssen von anderen Staaten auch anerkannt werden. Das geschieht in der Regel durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen oder die Anerkennung durch die Vereinten Nationen.

So bedeutet für uns die Aufschrift „Made in Taiwan“, dass diese Produkte auch im Staat Taiwan hergestellt wurden. Nach chinesischem Selbstverständnis jedoch ist Taiwan Teil der Volksrepublik China – also kein eigener Staat! Gleiches gilt für das Kosovo: Zwar erkennen viele Länder Europas das Kosovo als souveränen Staat an, u. a. Serbien und Russland tun das nicht. Ein weiteres prominentes Beispiel ist die Streitfrage um die Anerkennung Palästinas. Während die einen die vollständige Unabhängigkeit von Israel propagieren, sehen andere Länder wiederum die Zukunft Palästinas als Teil des Staates Israel.

2. Warum braucht ein Staat eine Staatsgewalt?

Die Staatsgewalt muss sich auf das komplette Staatsvolk und das gesamte Territorium erstrecken, damit die Herrschaftsmacht (Souveränität) des Staates nicht infrage gestellt und dessen Existenz gefährdet wird.

Es gibt jedoch auch Beispiele dafür, dass diese Handlungsmacht in Ländern a) nur noch eingeschränkt oder b) nicht mehr vorhanden ist:

Zerfallende Staaten

a) In diesem Fall erstreckt sich die Staatsgewalt nicht auf das komplette Staatsvolk und somit nicht auf das komplette Staatsgebiet, sodass von zerfallenden Staaten oder *failing states* die Rede ist. Als Beispiel hierfür kann Mexiko dienen, wo die Drogenkartelle eine solche Macht besitzen, dass sie den Staat unterwandern und bekämpfen, um ungestört und ungestraft ihren illegalen Geschäften nachgehen zu können.

Gescheiterte Staaten

b) Im zweiten Fall gibt es im Grunde überhaupt keine funktionierende Staatsgewalt mehr, rivalisierende Gruppen kämpfen um die Macht im Staat. Für diese Situation hat sich der Begriff gescheiterter Staat bzw. *failed state* etabliert. Als Beispiel dient hier Somalia, das vor allem zu Beginn des Jahrhunderts seine Küstenregion nicht kontrollieren konnte. Dieses Machtvakuum füllten Piraten aus, welche die Gewässer so stark terrorisierten, dass die internationale Gemeinschaft sich genötigt sah, diese Piraterie zu bekämpfen und die Seewege mit Kriegsschiffen zu sichern.

Herausforderungen für die Staatsgewalt

„Fragile Staatlichkeit“ wird von der internationalen Staatengemeinschaft als Sicherheitsproblem angesehen. Nicht selten werden Länder, um deren Staatlichkeit es nicht gut bestellt ist, von anderen Staaten beim Aufbau von Staatlichkeit unterstützt (→ Polizeieinsätze).

Selbst in Deutschland, wo sich die funktionierende Staatsgewalt auf eine breite Akzeptanz der Bevölkerung stützen kann, wird diese von unterschiedlichen Gruppierungen immer wieder herausgefordert, u. a. durch:

- Rockergruppen wie die Hells Angels oder die Bandidos, die nach ihrem eigenen Ehrenkodex leben,
- kriminelle Familienclans, die Stadtviertel für sich beanspruchen,
- Salafisten, welche die Scharia über das staatliche Recht setzen,
- Neonazis, die für „nationalbefreite Zonen“ kämpfen,
- Anarchisten, die „herrschaftsfreie Räume“ errichten möchten.

Gemeinsam ist allen die mangelnde Akzeptanz des Staates bis hin zur offenen Feindschaft ihm gegenüber. Das eigene Regelsystem ist

handlungsbestimmend. Für die Polizei kann dies im Umgang mit Mitgliedern dieser Szenen bestenfalls mangelnde Kooperationsbereitschaft, schlimmstenfalls tätliche Angriffe auf Polizeibeamte und Zivilpersonen sowie Privateigentum und staatliche Einrichtungen bedeuten.

Auch Korruption kann beispielsweise ein Staatswesen in den Grundfesten erschüttern, weil die Staatsgewalt nicht mehr dem Wohl aller dient, sondern Einzelinteressen zum Zuge kommen. Damit untergräbt Korruption das Vertrauen in den Staat und seine Organe; der Staat verliert Autorität und Glaubwürdigkeit.

Korruption

3. Was macht die Polizei zu einem Kernelement der Staatsgewalt?

Die Polizei ist nur ein Teil der Exekutive, aber sicherlich der prominenteste, weil sichtbarste. Polizisten verrichten ihren Dienst in der Öffentlichkeit. Die Uniform macht jeden Polizisten für den Bürger erkennbar. Deutlich ist das jeweilige Staatswappen an der Uniform angebracht. Dadurch wird vor allem ein Polizeibeamter mehr als andere Verwaltungsangehörige als Repräsentant von Staat und Staatsgewalt wahrgenommen. Die Uniform ist für die Ausübung der polizeilichen Aufgaben wichtig. Sie verleiht ihm die zur Durchführung seiner Aufgaben notwendige Amtsautorität.

Gefahrenabwehr, die Bekämpfung von Straftaten, die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung sowie die Straßenverkehrsüberwachung sind nach den Polizeigesetzen der Länder Kernaufgaben der Polizei.

Aufgaben der
Polizei



Kann die Polizei diesen Aufgaben nicht mehr nachkommen, büßt der Staat an Legitimität ein, weil er den Staatszweck „Sicherheit“ nicht mehr gewährleistet.

Die Polizei kommt ihren Aufgaben in verschiedenen Verbänden nach. Die uniformierte Schutzpolizei, zu der auch die Wasserschutzpolizei gehört, widmet sich v.a. im polizeilichen Einzeldienst der Strafverfolgung und der Verkehrsüberwachung, während sich die Kriminalpolizei, die in der Regel keine Uniform trägt, der Prävention, Verfolgung und Aufklärung von Straftaten zuwendet. Die wiederum uniformierte Bereitschaftspolizei unter-

Struktur der Polizei

stützt den polizeilichen Einzeldienst oder begleitet Großeinsätze wie Demonstrationen, politische Gipfel und sportliche Großereignisse. Zudem ist sie mitunter für die Ausbildung von Polizeibeamten zuständig.

Ihr Lernfortschritt



Sie können jetzt ...

- erklären, warum es Staaten gibt,
- definieren, was einen Staat ausmacht,
- die Notwendigkeit der Staatsgewalt begründen,
- darlegen, warum die Staatsgewalt auch die Polizei benötigt.

Darüber könnten Sie nachdenken und mit Ihren Kollegen diskutieren ...



Polizeifachliche Reflexion

- Lässt sich Ihr Ausbildungsstandort auf der Grundlage der Dreielemente-Lehre als Staat denken?
- Kennen Sie aktuelle Beispiele für zerfallende und gescheiterte Staaten?
- Warum ist das Beamtentum für eine funktionierende Staatsgewalt wichtig?
- Kennen Sie Beispiele für Staaten, die nicht von allen Staaten der Welt anerkannt werden? Können Sie auch Gründe für die Nicht-Anerkennung nennen?
- Wenn die Exekutive Gesetze ausführt bzw. anwendet, wer zählt – abgesehen von der Polizei – noch dazu?



Persönliche Reflexion

- Wie stehen Sie grundsätzlich zu Interventionen der Internationalen Gemeinschaft in zerfallenden oder gescheiterten Staaten?
- Welche rechtlichen Beziehungen werden konkret vom Staat geregelt und welche sind Ihnen besonders wichtig?

- Ist das Internet Teil des Staatsgebiets und unterliegt somit der jeweiligen Staatsgewalt?
- Können Reisewarnungen des Auswärtigen Amts auch mit fehlen-der Staatlichkeit zu tun haben? Nutzen Sie diesen Service bei der Planung Ihrer Reisen?

Und jetzt könnten Sie so weitermachen ...



Informieren Sie sich auf der Homepage von *The Fund for Peace* (www.fundforpeace.org) über das von der Organisation jährlich veröffentlichte Ranking von Staatlichkeit, den sog. *Fragile States Index*, und recherchieren Sie, wie das Ranking zustande kommt und an welcher Stelle z. B. die Staaten Deutschland, Afghanistan, Syrien und Brasilien rangieren.



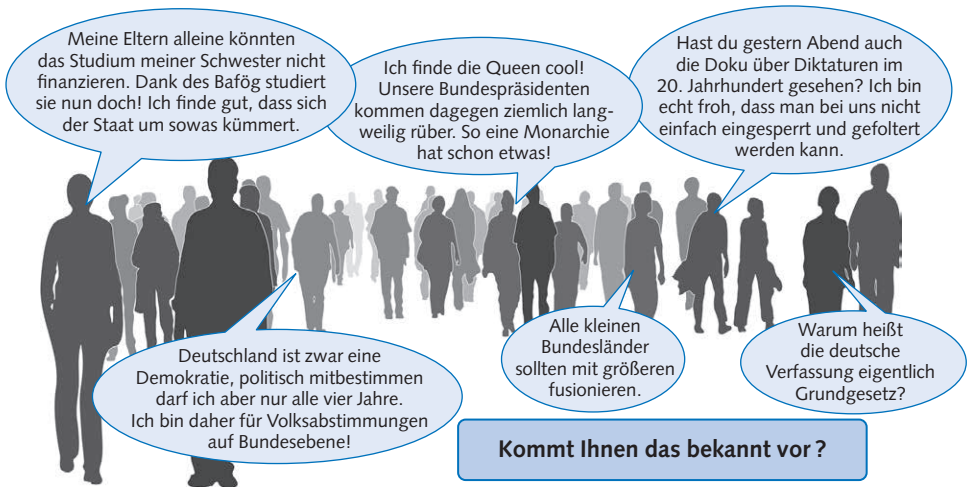
Das Auswärtige Amt gibt auf seiner Homepage (www.auswaertiges-amt.de) aktuelle Reise- und Sicherheitswarnungen. Informieren Sie sich darüber, welche Länder auf der Liste stehen und wie die Begründungen dazu lauten.



Informieren Sie sich auf der Homepage des Bundesamts für Verfassungsschutz (www.verfassungsschutz.de) darüber, welche Gruppierungen sich gegen den deutschen Staat richten und diesen bedrohen.

Kapitel 2

Für welchen Staat übe ich die Staatsgewalt aus?



Diese Aussagen werfen folgende Fragen auf:

- ⇒ Wofür braucht Deutschland das Grundgesetz?
- ⇒ Nach welchen Grundsätzen ist der deutsche Staat strukturiert?
- ⇒ Für welche Ziele setzt sich unser Staat ein?

1. Wofür braucht Deutschland das Grundgesetz?

Definition einer Verfassung

Aussagen über das Wesen eines Staats trifft das Dokument, das zu diesem Zweck existiert: die Verfassung. Eine Verfassung ist die rechtliche Grundordnung eines Staates. Sie gibt Auskunft darüber, wie ein Staat organisiert ist, spricht:

- welche Werte ihm zugrunde liegen,
- welche Staatsform er besitzt,
- welche Staatsorgane es gibt,
- welche Aufgaben diese wahrnehmen und
- wie sie zusammenarbeiten.

Zudem bestimmt die Verfassung die Rechtsstellung des Bürgers zum Staat und die Werte, welche den Staat charakterisieren. Aufgrund dieser wichtigen Funktionen ist eine Verfassung auf Dauer angelegt. Das bedeutet nicht, dass eine Verfassung nicht geändert oder ergänzt werden darf, sondern vielmehr, dass solche Veränderungen nur unter besonderen Voraussetzungen mit größter Sorgfalt vorgenommen werden können.

Deutschlands Verfassung ist das vom Parlamentarischen Rat entworfene Grundgesetz (GG), das am 23. Mai 1949 in Kraft trat. Es besteht nach zahlreichen Veränderungen, Aufhebungen und Erweiterungen der vergangenen 70 Jahre aus einer voranstehenden Präambel sowie 202 Artikeln und Unterartikeln, die mit 1 bis 146 durchnummeriert sind. Das zunächst als Provisorium gedachte Dokument hat sich in der Praxis so sehr bewährt, dass es sogar nach der Wiedervereinigung 1990 nicht zu einer neuen Verfassung kam. Mit anderen Worten: Das Grundgesetz ist eine Erfolgsgeschichte.

[Informationen zum Grundgesetz](#)



Das Grundgesetz ist die deutsche Verfassung.

Einen ersten Eindruck über den Staatsaufbau gewähren die inoffiziellen Überschriften im GG, die man zur besseren Orientierung nachträglich hinzufügte.

Inoffizielle Überschriften des GG



Artikel	Inoffizielle Überschriften
	Präambel
1–19	Die Grundrechte
20–37	Der Bund und die Länder
38–49	Der Bundestag
50–53	Der Bundesrat
53a	Gemeinsamer Ausschuss
54–61	Der Bundespräsident
62–69	Die Bundesregierung
70–82	Die Gesetzgebung des Bundes
83–91	Die Ausführung der Bundesgesetze durch die Bundesverwaltung

91a–e	Gemeinschaftsaufgaben, Verwaltungszusammenarbeit
92–104	Die Rechtsprechung
104a–115	Das Finanzwesen
115a–l	Verteidigungsfall
116–146	Übergangs- und Schlussbestimmungen

Eigene Darstellung nach www.bundestag.de.

Die Erfahrungen aus der Schreckensherrschaft der Nationalsozialisten führten dazu, dass die Menschenwürde (Art. 1 GG) Leitmotiv des Grundgesetzes ist. Legislative, Exekutive und Judikative müssen diese in ihrem Handeln achten und schützen (→ Grundrechte).

Änderungen des Grundgesetzes

Das Grundgesetz lässt sich aber auch nach Art. 79 Abs. 1 GG verändern. Allerdings sind diese Veränderungen gemäß Art. 79 Abs. 2 GG nur über ein Gesetz möglich (→ Rechtsstaat), dem sowohl eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag als auch im Bundesrat zustimmen muss. Diese hohen Hürden garantieren, dass die Verfassung lange Bestand hat. Einige Rechtsgrundsätze jedoch dürfen niemals aus dem Grundgesetz gestrichen werden, weil sie für so essentiell erachtet werden – sie gelten auf ewig. Die sog. Ewigkeitsklausel aus Art. 79 Abs. 3 GG verbietet Änderungen, welche die Gliederung des Bundes in Länder, die grundsätzliche Mitwirkung der Länder bei der Gesetzgebung des Bundes sowie die in Art. 1 und 20 GG niedergelegten Grundsätze betreffen (s. u.).

Beispiel für die Rechtsordnung

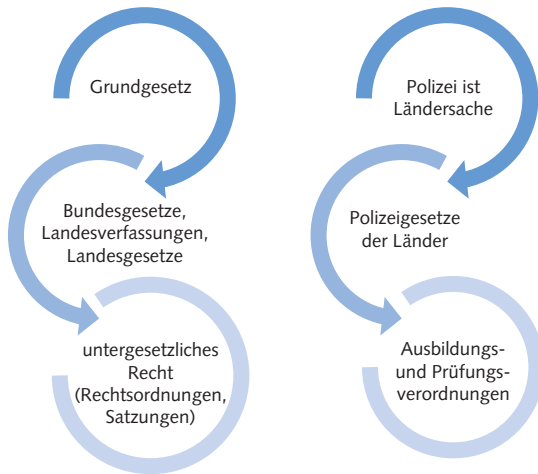
Das Grundgesetz steht an der Spitze der innerstaatlichen Rechtsordnung. Das bedeutet: Das gesamte Recht muss mit der Verfassung im Einklang stehen. So unterliegt auch Ihre Ausbildung einer Ordnung, die mit dem Grundgesetz vereinbar sein muss. In Ihrer Prüfungsordnung darf demnach etwa nicht geschrieben stehen, dass schlechte Prüfungsergebnisse körperliche Züchtigung nach sich ziehen. Eine solche „Bestrafung“ ist mit der Würde des Menschen nicht vereinbar.

Polizei ist Ländersache

Dass die Polizei selbst entscheiden darf, wie Ihre Ausbildung abläuft (Ausbildungsplan) und welche Prüfungen Sie wie abzulegen haben (Prüfungsordnung), hängt auch mit dem Grundgesetz zusammen. Aus den Art. 30 und 70 GG geht hervor, dass Polizei Ländersache ist. Demnach wird jedem Bundesland durch die Ver-

fassung die Befugnis zugesprochen, eine eigene Landespolizei aufzustellen und zu unterhalten. Aufgrund dessen gibt es in allen Bundesländern sog. Polizeigesetze, aus denen u.a. Aufbau und Aufgaben der Polizei hervorgehen. Darin ist z.B. auch geregelt, wer sich um die Ausbildung angehender Polizeibeamter kümmert.

Aufbau und Logik der Rechtsordnung



Eigene Darstellung.

In den Ländern, in denen es noch einen mittleren Dienst gibt, darf demnach die Bereitschaftspolizei alle notwendigen Regelungen treffen. Die Bereitschaftspolizei erstellt hier den Ausbildungsplan und die Prüfungsordnung. An diesem Beispiel lassen sich Aufbau und Logik der Rechtsordnung nachvollziehen.

2. Nach welchen Grundsätzen ist der deutsche Staat strukturiert?

Die wichtigsten Grundsätze über unseren Staat lassen sich im Art. 20 GG finden. Man spricht von den Staatsstrukturprinzipien. Deshalb wird dieser Artikel auch als „kleine Verfassung“ bezeichnet.

Art. 20 GG
= kleine Verfassung



Art. 20 GG

- (1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein **demokratischer und sozialer Bundesstaat**.
- (2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
- (3) Die **Gesetzgebung** ist **an die verfassungsmäßige Ordnung**, die **vollziehende Gewalt** und die **Rechtsprechung** sind **an Gesetz und Recht gebunden**.
- (4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

Staatsstruktur- prinzipien

Direkt ablesbar ist im ersten Absatz, dass Deutschland eine Republik, eine Demokratie, ein Sozial- und ein Bundesstaat ist. Nicht ausdrücklich genannt wird der Rechtsstaat. Dieser lässt sich jedoch aus dem dritten Absatz ableiten. Ein Merkmal des Rechtsstaats wird dort nämlich beschrieben: die Gewaltenteilung. Alle Gewalten, „Gesetzgebung“, „vollziehende Gewalt“ und „Rechtsprechung“, werden gesondert genannt. Zudem – ein weiteres Merkmal des Rechtsstaats – dürfen Handlungen jeder Staatsgewalt nur auf der Grundlage gültigen Rechts („verfassungsmäßige Ordnung“, „Gesetz und Recht“) erfolgen.



Alle Staatsstrukturprinzipien wirken sich auf die Polizei aus.

2.1 Was bedeutet „Republik“?

res publica = Sache des Volkes

Kennzeichen einer Republik ist ein gewähltes Staatsoberhaupt – und kein Monarch. In Deutschland ist das Staatsoberhaupt der Bundespräsident, der für eine Amtszeit von fünf Jahren durch die Bundesversammlung gewählt wird. Ein nicht-gewähltes Staatsoberhaupt wird es für die Bundesrepublik Deutschland mit dem Grundgesetz niemals geben. Einige Bundesländer drücken dies sogar durch den Namenszusatz „Freistaat“ aus (Bayern, Sachsen,

Thüringen). Freistaat bedeutet nämlich in diesem Zusammenhang, dass der jeweilige Staat frei von Monarchie ist.



Mit dem Grundgesetz gibt es keine Monarchie.

Das Staatsstrukturprinzip „Republik“ geht somit Hand in Hand mit dem Verständnis von Demokratie. Mit dem Amtseid schwört der Polizeibeamte Treue gegenüber der Verfassung und nicht gegenüber einem Monarchen.

2.2 Was bedeutet „Demokratie“?

Demokratie bedeutet Herrschaft des Volkes. Aus Art. 20 Abs. 2 GG geht hervor, dass das Volk Träger der Staatsgewalt und somit der Souverän ist. Staatsgewalt übt das Volk in Form von (a) Wahlen und (b) Abstimmungen aus.

(zu a) Im ersten Fall wählt das Volk Repräsentanten bzw. Vertreter (Abgeordnete), die stellvertretend für den Bürger die Gesetzgebung im Parlament betreiben. Der Souverän hat also seine Staatsgewalt an Parlamentarier für eine Legislaturperiode übertragen, die in seinem Namen Gesetze schaffen und über diese abstimmen. Da der Souverän nicht selbst abstimmt, sondern Gewählte abstimmen lässt, spricht man von repräsentativer bzw. indirekter Demokratie.

Wahlen

(zu b) Das Grundgesetz sagt aber auch, dass das Volk in Form von Abstimmungen Staatsgewalt ausübt, also direkt über eigene Belange abstimmt – ohne Repräsentanten. Wenn das Volk unmittelbar Staatsgewalt ausübt, ist von direkter Demokratie die Rede. Diese Art der Ausübung von Staatsgewalt findet in Deutschland vor allem auf Ebene der Länder (Volksbegehren/Volksentscheid) und Kommunen (Bürgerbegehren/Bürgerentscheid) statt. Auf Bundesebene ist diese Form der Beteiligung nach herrschender Rechtsauffassung nur in zwei Sonderfällen möglich (Art. 29 GG „Abstimmung über Neugliederung des Bundesgebietes“, Art. 146 GG „Abstimmung über neue Verfassung“).

Abstimmungen

Das Mehrheitsprinzip ist untrennbar mit Wahlen und Abstimmungen verbunden: Die Mehrheit entscheidet. Je wichtiger jedoch ein Abstimmungs- oder Wahlgegenstand ist, desto höher sind die Hürden für das Zustandekommen der nötigen Mehrheit (einfache Mehrheit = mehr als der Rest; absolute Mehrheit = mehr als die

Mehrheitsprinzip

Hälfte; qualifizierte Mehrheit = min. die vorgeschriebene Anzahl der Stimmen wie z. B. Zweidrittelmehrheit).

Das Demokratieprinzip in der bislang beschriebenen Form hat auch Auswirkungen auf die Polizei. Damit diese ihren Aufgaben nachkommen kann, ist sie mit bestimmten Rechten und Befugnissen ausgestattet, die auf Gesetzen basieren. Wenn diese Gesetze stellvertretend für den Souverän durch das Parlament gemacht werden, dann bestimmt das Volk also indirekt, was die Polizei auf welche Weise darf und was nicht. Mit anderen Worten:

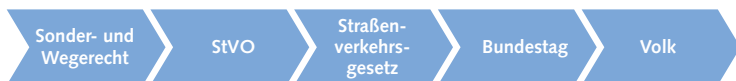


Die Polizei darf nur das tun, was der Souverän ihr zugesteht.

Legitimationskette

Die Staatsgewalt ist also immer auf das Volk zurückzuführen; es besteht eine sog. Legitimationskette. Anhand eines Beispiels aus dem Polizeialltag lässt sich dies gut aufzeigen: Um schneller an Einsatzorte zu gelangen, ist der Streifenwagen mit Martinshorn und Blaulicht ausgestattet. Ist beides in Betrieb, darf die Polizei z. B. das Rotlicht bei Ampeln missachten. Man spricht hier vom Sonder- und Wegerecht. Für die Rückfahrt vom Einsatzort, für die keine besondere Eile geboten ist, gewährt der Souverän der Polizei diese Rechte nicht.

Die Legitimationskette



Eigene Darstellung.

2.3 Was bedeutet „Rechtsstaat“?

Das bloße Vorhandensein von Gesetzen und ihre Anwendung charakterisieren noch lange keinen Rechtsstaat. Denn auch im Unrechtsstaat gibt es Gesetze, nach denen staatliche Behörden handeln. Gesetze im Unrechtsstaat haben vielmehr einen politischen Zweck: Sie dienen dem Machterhalt. Unterdrückung von Minderheiten und Willkür gegenüber Personengruppen und Einzelnen sind die Folge. Daher bezeichnet man nur jene Staaten als Rechtsstaat, bei denen sich der Staat an die Menschenrechte bindet und das Recht den Missbrauch staatlicher Macht verhindert und sanktioniert.